



In vielen afrikanischen Staaten herrscht eine äußerst restriktive Gesetzgebung gegenüber sexuellen Minderheiten, mit teils lebenslangen Haftstrafen. Den evangelikalischen Kirchen- und anderen Religionsführern reicht das oft nicht. Ihr Einfluss fördert in vielen Ländern Afrikas homophobe Hetzkampagnen und Hassverbrechen gegen Schwule und Lesben.

Sexualapostel

In vielen afrikanischen Ländern richten religiöse Extremisten über sexuelle Minderheiten

von **Klaus Jetz**

► Anfang November untersagte ein Gericht in der ugandischen Hauptstadt Kampala dem Boulevardblatt Rolling Stone, schwule Männer zu outen. Die Zeitung hatte Namen, Fotos und zum Teil Anschriften veröffentlicht und dazu aufgerufen, die Männer aufzuhängen. Die ugandische Organisation Sexual Minorities Uganda hatte umgehend Strafanzeige gegen das Blatt gestellt. Es war nicht das erste Mal, dass die Medien des ostafrikanischen Landes eine homophobe Hetzkampagne vom Zaun brachen. Die Zeitung Red Pepper orte in der Vergangenheit wiederholt die »Top Homos in Uganda«. Nach dem Erscheinen solcher Artikel berichteten MenschenrechtsverteidigerInnen immer von vermehrten Übergriffen auf Lesben und Schwule.

Das ugandische Strafgesetzbuch sieht lebenslange Haftstrafen für »unnatürlichen Geschlechtsverkehr« vor. Allein der Versuch der Anbahnung geschlechtlicher Handlungen, die »gegen die Natur« verstoßen, gilt als Verbrechen und kann mit einer siebenjährigen Haftstrafe geahndet werden. Das gleiche gilt für »anstößige Praktiken«, egal ob sie in

der Öffentlichkeit oder im privaten Raum begangen werden. Ende 2009 debattierte das ugandische Parlament die Einführung der Todesstrafe für »verschärfte Homosexualität« und eine strafbewehrte Pflicht für die Bürgerinnen und Bürger, Homosexuelle zu denunzieren.

Wer nicht hetero ist ...

► Homophobie ist ein großes Problem nicht nur in Uganda, sondern auch in anderen Ländern Afrikas, wo viele Homosexualität für »unafrikanisch« halten. Sie sei kein Bestandteil der afrikanischen Kultur, sondern eine westliche Lebensform oder ein Relikt der verhassten Kolonialherren, lautet die gängige Einschätzung. Homosexualität widerspreche den religiösen Vorstellungen der Afrikanerinnen und Afrikaner, sei ein Tabu und eine abscheuliche Sünde, die zudem der Ausbreitung von HIV und Aids Vorschub leiste.

Doch weniger Homosexualität als vielmehr die homosexuellenfeindlichen Einstellungen hatten mit den Kolonialmächten, ins-

besondere England, ihren Weg in die Kolonien gefunden. Der Wortlaut der Strafgesetzgebung vieler afrikanischer Staaten geht auf viktorianisches Strafrecht zurück. In vielen Staaten des Commonwealth finden sich noch heute die gleichen Gesetze, mit denen schon Oscar Wilde verfolgt wurde. Die frühesten Anfeindungen gegen Homosexuelle in Afrika stammen von EuropäerInnen. Der kanadische Historiker Marc Epprecht weist darauf hin, wie eng die christliche Mission in Afrika mit der Verbreitung der europäischen Kultur verbunden war, der kapitalistischen Wirtschaft und der Kolonialherrschaft. Christliche Missionare spielten nicht nur eine führende Rolle bei der Verbreitung rassistischer Ideen und der Zwangsarbeit. Sie unterdrückten zudem viele Aspekte der afrikanischen Kulturen, gerade im Bereich Sexualität und Sexualmoral. Gleichgeschlechtliche Sexualpraktiken unter Jugendlichen, die viele afrikanische Gesellschaften tolerierten, waren für die Missionare und die Kolonialisten Teufelszeug, genauso wie Polygamie oder polytheistische Vorstellungen. All dies widersprach den

typisch europäischen Moralvorstellungen des 19. Jahrhunderts.

Reverend Jide Macaulay, Pfarrer der christlichen Metropolitan Community Church in Nigeria, sagt: »Politik und Gesellschaft muss klar gemacht werden: Homosexualität ist so alt wie die Menschheit in Afrika«. Als Gründer und Leiter des House of Rainbow engagiert er sich seit 1994 für die Menschenrechte von sexuellen Minderheiten (LGBT) in Afrika.

... macht sich strafbar

► Die rechtliche Situation für LGBT ist in den einzelnen afrikanischen Ländern sehr unterschiedlich. In 38 Staaten ist Homosexualität strafbar. Südafrika gilt seit Jahren als »Vorhut der Toleranz«, da die sexuelle Orientierung sogar qua Verfassung geschützt ist und lesbische und schwule Paare die Möglichkeit der Eheschließung haben. Zugleich häufen sich hier aber auch Fälle von homophober Gewalt, insbesondere gegen schwarze, ärmere Lesben. In den Townships kommt es immer wieder zu Fällen von so genannter »corrective rape«: Frauen werden vergewaltigt und misshandelt, um sie von ihrer Homosexualität zu »heilen«.

Nur wenige Organisationen setzen sich für Frauen ein, die Opfer solcher Hassverbrechen werden. Lesbische Frauen sind im Alltag jenseits ihrer Gewalterfahrungen oft einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt. Sie haben Angst vor dem Weg zur Polizei, befürchten, erneut erniedrigt, verhöhnt oder misshandelt zu werden. Die Täter agieren auch in der Öffentlichkeit, wohl wissend, dass ein Großteil der Gesellschaft hinter ihnen und ihren Gewalttaten steht. Gegen diese Hassverbrechen kämpft das »Lesbian and Gay Equality Project« (LGE) in Johannesburg. Dessen Geschäftsführerin Phumi Mtetwa sagte der taz im Mai 2010: »Korrekturvergewaltigungen« werden von der Polizei weitgehend ignoriert: Es herrscht eine hohe Akzeptanz für dieses Verbrechen, das Lesben vorgeblich zu heterosexuellen Frauen machen soll.«

Viele afrikanische Staaten bieten immer wieder Anlass zu großer Sorge. Nicht nur in Mauretanien und Sudan, auch in Teilen des nördlichen Nigeria steht auf Homosexualität die Todesstrafe. Nur wenige Staaten, etwa Madagaskar, die Zentralafrikanische Republik oder Gabun, weisen keine besonderen Strafgesetze gegen homosexuelle Handlungen auf. In den arabisch geprägten Ländern Nord- und Ostafrikas werden homosexuelle Handlungen mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet, in einigen ostafrikanischen Staaten wie Kenia, Uganda oder Tansania gar mit lebenslänglicher Haft. Im südlichen Afrika kriminalisieren und verfolgen alle Staaten (außer Südafrika) Homosexualität.

Einige afrikanische Staatspräsidenten taten sich in der Vergangenheit immer wieder mit homophoben Äußerungen hervor, etwa

Robert Mugabe in Simbabwe oder der ehemalige namibische Präsident Sam Nujoma. Ende März 2009 rief der sambische Vizepräsident George Kunda seine Landsleute auf, Schwule zu denunzieren und ins Gefängnis zu bringen. Sambia sei eine christliche Nation und Homosexualität nicht Teil der christlichen Norm. 2005 hat das Parlament ein Strafgesetz gegen Homosexualität verabschiedet, das LGBT mit Haftstrafen nicht unter 15 Jahren bedroht.

In den westafrikanischen Staaten ist die Situation uneinheitlich: Côte d'Ivoire kennt kein Strafgesetz gegen Homosexualität, in einigen anderen Staaten, die zum französischen Kolonialreich gehörten wie Senegal, Guinea oder Togo, sind Haftstrafen bis zu zehn Jahren möglich. Dies gilt auch für die Staaten, die ehemals britische Kolonien waren, also Ghana, Sierra Leone, Gambia oder Nigeria.

Anfang 2009 wurden in der senegalesischen Hauptstadt Dakar neun Männer wegen Homosexualität zu jeweils achtjährigen Haftstrafen verurteilt. Dies waren die höchsten Strafen, die im Senegal jemals gegen Schwule verhängt worden sind. Die im Dezember 2008 festgenommenen Angeklagten mussten sich wegen »unanständigen Benehmens, unnatürlichen Handlungen und Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation« verantworten. Der Richter begründete das Strafmaß mit dem »erschwerenden Umstand der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation«. Dabei hatte es sich um eine Hilfsorganisation für an Aids erkrankte und HIV-infizierte schwule Männer gehandelt. Das oberste Berufungsgericht sprach die Männer im April 2009 jedoch frei.

In der UN-Vollversammlung am 18. Dezember 2008 unterstützten nur fünf afrikanische Staaten (Kap Verde, Zentralafrikanische Republik, Gabun, Guinea-Bissau sowie São Tomé und Príncipe) die von 66 Staaten unterzeichnete gemeinsame Erklärung für eine weltweite Entkriminalisierung einvernehmlicher sexueller Handlungen. Die von Syrien und Ägypten initiierte Gegenerklärung hingegen erhielt die Unterstützung von 57 Ländern, darunter alleine 30 afrikanische Staaten.

Playground der Evangelikalen

► Dies ist der politische Boden, auf den homophobe Kampagnen der US-amerikanischen christlichen Konservativen und Rechten fallen. Der anglikanische Priester Kapya Kaoma aus Sambia hat dem Thema »US-Evangelikale, afrikanische Kirchen, Homophobie und Angriffe auf Homosexuelle in Afrika« mehrere Publikationen gewidmet. Er stellte darin fest: Während die US-Evangelikalen im

eigenen Land, wo über die Ehe für homosexuelle Paare und die Ordination schwuler Priester diskutiert wird, an Einfluss verlieren, stürzen sich nordamerikanische evangelikale FundamentalistInnen und KirchenvertreterInnen auf ausgesuchte Staaten Afrikas, deren religiöse Führer, ParlamentarierInnen, Polizeiorganisationen, LehrerInnen- und Elternvereinigungen.

So geschah es beispielsweise im März 2009 in Kampala, wo nordamerikanische evangelikale Agitatoren sowie die Holocaustleugner Scott Lively und Dan Schmierer zusammen mit dem ugandischen Family Life Network ein »Seminar on exposing the Homosexual's Agenda« durchführten. Bereits im Konferenztitel wurde deutlich, um welches Thema es den Veranstaltern ging: Die Weltverschwörung der Homosexuellen, deren Aktivisten sich anschickten, nach der Weltmacht zu greifen.

Den KonferenzteilnehmerInnen wurde zudem eingeredet, LGBT seien schuld an höheren Scheidungsraten, Kindesmissbrauch und der Ausbreitung von HIV/Aids. Lively behauptete, die Legalisierung sexueller Handlungen komme der Legalisierung von Kindesmissbrauch und Sodomie gleich, habe also nichts mit Menschenrechten zu tun. Es würden Lügen verbreitet und Fakten manipuliert, um die homopolitische Agenda voranzubringen und die traditionelle »Familie zu zerstören«. US-Homosexuelle würden junge AfrikanerInnen für den homosexuellen Lebenswandel rekrutieren; sie müssten mit allen Mitteln gestoppt werden.

Einige Tage nach der Konferenz traf Lively mit VertreterInnen der ugandischen Regierung und des Parlaments zusammen, die dann einige Wochen später ihren Gesetzentwurf zur Verschärfung des homophoben Strafrechts vorlegten. Bis in den Wortlaut hinein spiegeln sich die Ideen der US-Evangelikalen und ihre »traditionellen Familienwerte« im Gesetzentwurf und seiner Begründung wider.

Der kalifornische Evangelikale Rick Warren und seine Saddleback Church versuchen ebenfalls, traditionelle Familienwerte nach Afrika zu tragen. Warren hat enge Beziehungen zu afrikanischen politischen und religiösen Führern. Die stützen sich in ihren homophoben Äußerungen gerne auf Warren-Zitate. Die First Lady Ugandas ist eng mit Warren befreundet. In den vergangenen Monaten fiel sie mehrmals wegen homophober Statements auf.

Warren wird nicht müde zu behaupten, Homosexualität sei kein natürlicher Lebenswandel und mithin kein Menschenrecht. Seine Bücher werden in den Kirchen Ruandas, Ugandas, Nigerias oder Kenias studiert. Besonders enge Beziehungen pflegte er bis 2008 zu Martin Ssempe von der ugandischen Makerere Community Church. Ssempe ist

Gleichgeschlechtliche Sexualpraktiken waren für die Missionare Teufelszeug

einer der Väter des homophoben Gesetzentwurfes. In den ugandischen Medien veröffentlichte er die Namen von Homosexuellen, immer wieder zerriss er in öffentlichen Aktionen Kondome und propagierte sexuelle Abstinenz im Kampf gegen HIV/Aids. Je mehr Projekte Warren in Ruanda, Kenia, Nigeria und Uganda durchführt, desto größer wird die Lesben- und Schwulenfeindlichkeit und umso schärfer fallen die homophoben Gesetzentwürfe in diesen Ländern aus.

Während solche Vorhaben in Ländern wie Kenia, das sich einer stärkeren Zivilgesellschaft und einer längeren demokratischen Tradition erfreut, noch abgewehrt werden, sind die US-Evangelikalen in Ländern mit eher autoritärer Tradition und einer schwächeren Zivilgesellschaft wie in Uganda oder Nigeria umso erfolgreicher.

Einigkeit der Religionsführer

► In Nigeria wird gleichgeschlechtlicher Geschlechtsverkehr oder die Schließung einer Homo-Ehe im Ausland mit langjährigen Haftstrafen geahndet. Im islamischen Norden des Landes, in dem seit dem Jahr 2000 die Scharia gilt, können Homosexuelle gar mit dem Tode durch Steinigung bestraft werden. Regierung und Gesetzgeber unternahmen in

den vergangenen Jahren immer wieder Schritte, um die Strafgesetze weiter zu verschärfen.

Im März 2009 stand im Parlament ein Gesetzentwurf (Same Sex Marriage Prohibition Bill) zur Abstimmung, der eine drastische Verschärfung der bereits umfassenden Kriminalisierung von Homosexualität, von Homosexuellen und Homosexuellenorganisationen vorsieht. Demnach soll auch eine Unterstützung von homosexuellen Aktivitäten mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe geahndet werden. Selbst die Forderung nach Entkriminalisierung, die Arbeit und das Engagement in entsprechenden Organisationen sollen künftig verfolgt werden.

Islamische und christliche Geistliche in Nigeria ziehen an einem Strang, wenn es um die Verfolgung von Homosexuellen geht. Im Anhörungsverfahren zu besagtem Gesetzentwurf hieß es in der Stellungnahme der Anglikanischen Kirche, gleichgeschlechtliche Partnerschaften seien »unafrikanisch und unnigerianisch«, eine »Abartigkeit, die dazu geeignet ist, sozialen und kulturellen Holocaust in diesem Land zu betreiben«.

Auch Sierra Leone ist eines der 36 afrikanischen Länder, in denen die gleichgeschlechtliche Liebe kriminalisiert wird. Von hier kommt die Menschenrechtsaktivistin

Fannyann Eddy¹, eine der bedeutendsten Stimmen der Lesben und Schwulen aus dem globalen Süden. In ihrer von einem langjährigen Bürgerkrieg zerrütteten Heimat gründete sie 2002 die Sierra Leone Lesbian and Gay Association (SLLGA). Als Mitglied der Kommission der All Africa Rights Initiative (AARI) und der panafrikanischen Coalition of African Lesbians (CAL) weitete sie ihre Arbeit über die Grenzen Sierra Leones hinaus aus.

Mit ihrem Mut und ihrem Einsatz wurde Fannyann Eddy bald in ganz Afrika und weit darüber hinaus bekannt. Im April 2004 hielt sie eine bewegende Rede vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf, prangerte Diskriminierung, Einschüchterung und Gewalt an. Im September 2004 wurde sie im Büro der SLLGA ermordet aufgefunden.

Anmerkung

- ¹ Fannyann Eddy wurde neben Magnus Hirschfeld zur Namenspatronin der 2007 in Berlin gegründeten Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Die Stiftung unterstützt die LGBT-MenschenrechtsverteidigerInnen in Osteuropa und im globalen Süden, insbesondere in Afrika (www.hirschfeld-eddy-stiftung.de).

► **Klaus Jetz** ist Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD) und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

Frauen werden vergewaltigt, um sie von ihrer Homosexualität zu »heilen«



Eine vollständige Liste der seit 1970 erschienenen Hefte findet sich unter www.iz3w.org

Einzelheft: € 5,30
Heft 298 bis 309: € 4,- / ältere Hefte: € 3,-

iz3w-Backlist

- 321: FrauenKörper
- 320: Was bewegt Zentralamerika?
- 319: Afrika postkolonial
- 318: Alte und neue Grenzregimes
- 317: US-Außenpolitik in alten Mustern
- 316: Südafrika abseits der WM
- 315: Digitale Welten
- 314: Zentralasien post-sowjetisch
- 313: Gender & Krieg
- 312: Nazi-Kollaboration
- 311: Iran
- 310: Politik des Hungers
- 309: Arbeit macht das Leben schwer
- 308: Literatur in der Türkei
- 307: 60 Jahre Menschenrechte
- 306: Panafrikanismus oder Nationalstaat
- 305: Die Misere der Klimapolitik
- 304: Kriege in Afrika
- 303: Die Politik der Indigenität
- 302: Internationaler Dokumentarfilm
- 301: Kunst, Politik & Subversion
- 300: Namibia / Jubiläumsausgabe
- 299: G8 – Die Macht der Acht
- 298: Konfliktherd Energie



direkt bestellen beim iz3w

Postfach 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · Fax -70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

www.iz3w.org